

Senioren- Report



Geschäftsstelle Berlin

Ausgabe 120

November 2023



**Nach der Betriebsbesichtigung im BMW-Motorradwerk
Im Restaurant „All Seasons“**

Inhaltsverzeichnis

Grußwort Burkhard Bildt · Arbeitskreisleitung	1
Mitgliedertreffen BMW Motorradwerk.....	2
Sitzung des DGB Bezirks-Senioren-Arbeitskreis.....	3
Mitgliederversammlung zum ÖPNV.....	4
Zuwanderung und Asylantern.....	5
Fokusgruppe private Altersvorsorge	6
Delegiertenversammlung · Jubilarfeier.....	7
55plus-Veranstaltung · Gutes Leben im Alter.....	8
Mietenpolitik.....	9
Mitgliedertreffen Deutsches Historisches Museum.....	10
Achausschuss Rente · 9. November.....	11
Geburtstag Buchi · Nahost-Konflikt.....	12
Friedensdemonstrationen.....	13
Sozialpolitische Infos der IG Metall.....	14
Gewerkschaftstag in Frankfurt.....	15
Kandidaten zur Delegiertenwahl.....	16
Aufruf zur Delegiertenwahl.....	17
Gedanken zum Jahreswechsel · Termine.....	18

Impressum

Redaktion:

Ramon Zorn, Hartmut Herold, Martin Langner, Hartmut Meyer,
Manuela Wegener, Monika Wittek

Titelbild: Martin Langner

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 16.02.2024

V.i.S.d.P.: Burkhard Bildt, IG Metall Berlin

Email-Adresse für Beiträge zum Senioren-Report:

seniorenreport@gmx.de



Senioren-Report im Internet:

www.igmetall-berlin.de/gruppen/arbeitskreise/ak-senioren/senioren-report

Grußwort

Burkhard Bildt
zuständiger Sekretär für die
Seniorenarbeit in der
Geschäftsstelle Berlin



Liebe KollegInnen,

Die IG Metall hat ihren Gewerkschaftstag absolviert. Er stand im Zeichen der Kontinuität. Auf zwei Dinge trifft dies nicht zu: An der Spitze der IG Metall steht nun eine Frau und die betriebliche Altersvorsorge scheint nun beerdigt zu sein.

Viele gute Gründe führten in den letzten Jahren zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der betrieblichen Altersvorsorge. Und unsere Senioren standen hier in der ersten Reihe. Nun lehnte der Gewerkschaftstag das angestrebte Sozialpartnermodell ab, weil es an den Stellen keine Sicherheit bietet, die immer kritisiert wurden. Favorisiert wird die Suche nach einer Möglichkeit, die gesetzliche Rente zu stärken. Die Absicht ist zu begrüßen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass dies aus eigener Kraft kaum umsetzbar ist. Was vorerst bleibt, ist eine dritte private Säule, die auch keine Sicherheiten bietet und finanziell weniger lohnenswert erscheint.

In unserem Kernthema, der Tarifpolitik, wird mit der Stahlindustrie die nächste Runde der Arbeitszeitverkürzung aufgerufen. 32 Wochenstunden, 4 Tage per 8 Stunden in der Woche, dieses viel diskutierte Thema hat es auf die Bühne der Tarifverhandlungen geschafft.

Es mehren sich die warnenden Stimmen, die meinen, wer auf diesen Zug nicht aufspringt, wird abgekoppelt. Trotzdem wird der Widerstand der Arbeitgeber riesengroß sein. Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich, darum geht es, ruft unweigerlich die Mindestlohndebatte auf, wenn dieses Ziel für das ganze Land ausgerufen wird. Wir brauchen statt des stündlichen Mindestlohns einen monatlichen. Ein Monatsmindestlohn braucht eine verlässliche kürzere Wochenarbeitszeit und facht die Debatte um die Teilzeit an. Luxemburg lässt grüßen!

Mit guten Hoffnungen in einer düsteren Welt wollen wir ins neue Jahr marschieren, mit neuen Delegierten, neuen Einsichten und neuen Vorhaben.

Was allerdings vorerst bleibt, ist der Gänsebraten zum Weihnachtsfest. In diesem Sinne:

Alles Beste, zum bevorstehenden Feste!

Beste Grüße
Burkhard Bildt

Gruß der Arbeitskreisleitung

Astrid Diebitsch
Erste Vorsitzende
Senioren-Arbeitskreis
IG Metall Berlin



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Verständnis untereinander wird durch gemeinsame Aktivitäten gefördert, Menschenrechte einzuhalten unter Freunden ist selbstverständlich, und deswegen werden wir uns auch weiter miteinander zu kulturellen, politischen oder industriellen Veranstaltungen treffen, um miteinander zu diskutieren, uns gegenseitig zu befruchten und zu versuchen, diese Welt ein bisschen besser oder zumindest erträglich zu machen.

Dazu sind wir ständig auf der Suche nach weiteren Aktiven, die bei uns im SAK Treffen organisieren, dokumentieren, sich politisch interessieren und Gesetze sowie Regelungen für uns verständlicher darstellen sowie kommentieren und Kontakt zu anderen halten. Denn wir alle werden älter und die eine oder der andere können nicht mehr im vollen Umfang wie bisher mitstreiten.

Wir danken allen, die sich für diese Treffen und Aktivitäten besonders einbringen. An dieser Stelle sei auch besonders Günter Triebe gedankt, der unnachahmlich diesem Arbeitskreis mit Herz und kritischem Politikverständnis bis zum Januar diesen Jahres geleitet hat. Günter, Du bleibst immer unvergessen und bist uns zu unserer Freude auch weiter erhalten geblieben.

Gerade in Zeiten wie diesen gilt außerdem der folgende Aufruf zu Toleranz, noch viel mehr als schon früher: „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“.

Wir wünschen Euch allen für das neue Jahr möglichst gute Gesundheit und viel Spaß am gemeinsamen Miteinander.

Für Eure SAK Leitung
Astrid Diebitsch

Einladung zur Delegiertenwahl
an alle Rentnerinnen, Rentner und Arbeitslose
der IG Metall Berlin

Am 6. Dezember 2023, findet ab 14 Uhr
die Delegiertenwahl für den außerbetrieblichen
Gewerkschaftsbereich statt.
Siehe Seite 16 und 17 dieser Ausgabe

Mitgliedertreffen am 20. September 2023

FASZINATION AM LAUFENDEN BAND BEI BMW

„BMW“ steht zwar nicht für „Berliner“, sondern für „Bayerische Motoren Werke“. Aber seit mehr als 50 Jahren wird fast alles, was zwei Räder hat und das blau-weiße Logo trägt, in Spandau produziert. Im September 1969 lief am Juliesturm das erste Motorrad vom Band.

Inzwischen ist BMW ein wichtiger industrieller Akteur in der Metropole. Das „BMW Group Werk Berlin“ wandelte sich zum internationalen „Leitwerk“: Von Berlin aus werden die BMW-Montagewerke in Brasilien und Thailand gesteuert und die weltweite Produktion geführt.

Heute zählt das Berliner Werk zirka 2.200 Beschäftigte aus 22 Nationen. Hinzu kommt laut Unternehmen vor allem zum Saisonstart ein erweiterter Kreis von Kräften für Produktionsspitzenzeiten, so dass insgesamt bis zu 3.000 Menschen in Spandau beschäftigt sind. Das Werk hat eine Gesamtfläche von 220.000 Quadratmetern und unterteilt sich in die Geschäftsbereiche Mechanische Fertigung, Motorenmontage, Schweißerei, Lackiererei, Fahrzeugmontage, Qualitätsmanagement, Bremscheiben und Logistik.

Mit dem CE 04 startete 2019 die zweite Generation vollelektrischer Scooter für den urbanen Raum. Eine Firma in der Transformation; ein Werk im Umbruch. Das weckte die Neugier der „Senior-Experts“ der IGM.

Am 20. September war es dann so weit. Betriebsratskollege und Mitglied des IG Metall Ortsvorstands Rainer Schnitker führte etwa zwei Stunden lang durch das Werk.



Rainer Schnitker (rechts)

Foto Hartmut Herold

Die etwa dreißig Teilnehmer:innen mussten gut zu Fuß sein. Und sie wurden nicht enttäuscht. Vor Ort gab es spannende Einblicke in die Produktion der legendären BMW-Motorräder. Etwa alle 60 Sekunden läuft eine fertige Maschine vom Band. Täglich werden bis zu 900 Maschinen mit „Taktgefühl“ – die einzelnen Stationen an den Montagebändern nennen sich „Takte“ – montiert. Kollege Schnitker stillte geduldig den Wissensdurst.

Die Führung machte hungrig. Rechtzeitig zur Mittagszeit konnte das reichliche Buffet im chinesischen Erlebnisrestaurant „All Seasons“ gekostet werden.

Für die „Daheimgebliebenen“: Die neue „BMW-Motorrad-Welt“ bietet Interessierten die Möglichkeit, das Motorradwerk individuell zu erleben. Reservierungen über den BMW-Onlineshop.

Martin Langner



Foto: Buchi

DGB Seniorenarbeitskreis Berlin-Brandenburg (BSAK) Arbeitskreissitzung

Am 21. September 2023 traf sich der DGB Seniorenarbeitskreis zum ersten Mal im neu erbauten DGB Haus in der Keithstraße, zwischen Urania und Wittenbergplatz. Die Teilnehmer fanden den Bau groß, modern, sachlich nüchtern und völlig schmucklos. Wir wurden vom Foyer zum Sitzungsraum geleitet. Gut, dass der Arbeitskreis nicht vollzählig war, denn in dem kleinen Besprechungsraum wäre kein Platz für mehr gewesen.



Foto Ramon Zorn

Der Vorsitzende Winfried Lätsch berichtete vom DGB Bezirksvorstand und vom Landesseniorenbeirat.

Einige Stichpunkte:

- Eine EU-Richtlinie fordert eine Tarifbindung von 80 Prozent, bei uns sind es zurzeit nur 40 Prozent. Die DGB-Vorsitzende des Bezirks, Katja Karger, fordert die Politik auf, tätig zu werden.
- Die Erweiterung des DGB-Bezirks Berlin Brandenburg um Sachsen (wie bei der IG Metall) wird diskutiert, hat aber in Berlin keine Freunde.
- Das Seniorenmitwirkungsgesetz wird im ersten Quartal 2024 auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses stehen. Der Landesseniorenbeirat arbeitet an den Leitlinien.



Foto Ramon Zorn

Hans-Böckler-Haus

Das DGB-Haus in der Keithstraße trägt den Namen **Hans Böckler**, von 1949 bis zu seinem Tode 1951 der erste Vorsitzende des DGB. Nach der Lehre als Gold- und Silberschläger trat er 1894 in die SPD und die Gewerkschaft Deutscher Metallarbeiter-Verband (DMV) ein. Als Gewerkschaftssekretär war er in verschiedenen Funktionen tätig. Seine Politikerkarriere führte ihn 1928 in den Reichstag, dem er bis 1933 angehörte. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 gegen Hitler musste Böckler untertauchen, da er Kontakte zu Widerstandskreisen hatte.

1945 begann er mit dem Wiederaufbau der Gewerkschaften in der Britischen Zone. Nach dem Zusammenschluss mehrerer Gewerkschaften zum Gewerkschaftsbund wurde Böckler der erste Vorsitzende. Die Wissenschaftstiftung des DGB trägt seinen Namen.

Ramon Zorn

← Hans-Böckler-Statue im Foyer des DGB-Hauses

- Angesichts der zunehmenden Hitze erwartet Berlin ein mediterranes Klima. Es soll bei der Stadtentwicklung ein Hitzeplan erarbeitet werden.

Zu der seit langem geplanten Bezirksseniorenkonferenz mit den Themen Pflege und Krankenhaus gibt es noch keinen Termin. Beide Bereiche sind aktuell sehr in Bewegung, neue Gesetzesvorhaben erfordern eine Überarbeitung der Konzeption. Ein Vorbereitungsteam soll es richten.

Fachausschüsse

Der Fachausschuss Wohnen hat sich mit den Themen Mietendeckel und Milieuschutz beschäftigt. Das Recht auf Wohnen soll ins Grundgesetz aufgenommen werden. Das Volksbegehren „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ wird wohl neu aktiviert werden, weil der Senat keine Anstalten macht, sich darauf einzulassen.

Der Fachausschuss Rente positioniert sich gegen die sogenannte Aktienrente. Die Angleichung der Rente Ost an West ist endlich vollzogen.

Der Fachausschuss Gesundheit und Pflege ist in der Sitzung nicht vertreten, er hat zur Zeit auch keine Leitung.

Veranstaltungen

Rückblickend wird die Wahl des Veranstaltungsorts für die Seniorenwoche im Juni 2023 als unglücklich angesehen: Verkehrsanbindung nicht günstig und fehlende Parkplätze am Zeiss-Planetarium.

Der Antikriegstag am 1. September war aus Sicht der Sitzungsteilnehmer vom DGB unbefriedigend organisiert. Viel kleine dezentrale Aktionen haben keine öffentliche Wirksamkeit. Der DGB soll für nächstes Jahr eine ordentliche Großveranstaltung planen und durchführen.

Ramon Zorn

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Zu diesem Thema fand unsere Mitgliederversammlung statt. Referent war Carl Waßmuth vom „Bündnis Bahn für Alle“. Der S-Bahnverkehr war dann auch Schwerpunkt seiner Ausführungen. An den Beginn seines Vortrags stellte er folgende **Thesen**:

- Der Verkehrssektor ist verantwortlich für ein Viertel aller CO₂-Emissionen. Der Autoverkehr ist mit 75 Prozent am Verkehrssektor beteiligt.
- Viel weniger Verkehr bedeutet mehr Klimagerechtigkeit.
- Es gilt den ÖPNV zu stärken. Das ist auch eine Frage der Beschäftigung. Der Personalkostenanteil ist geschrumpft, verbunden mit einer steigenden Arbeitsverdichtung. Die Tarifbindung hat sich verschlechtert. Zum ÖPNV gehört auch der Eisenbahnverkehr. Dort wurden 2.000 Arbeitskräfte abgebaut.

Für die Stärkung des ÖPNV bedarf es einer Neueinstellungsoffensive. Für das Gelingen der Offensive sind familienfreundliche Arbeitsbedingungen notwendig.

Fokus Berlin

Hervorzuheben ist, dass es in Berlin ein Mobilitätsgesetz gibt. Bei der Umsetzung gibt es jedoch kaum Fortschritte. Im Koalitionsvertrag sind nur unverbindliche Aussagen enthalten. Dem ÖPNV wird ein hoher Stellenwert zugesprochen. Die S-Bahn soll aus einer Hand funktionieren. Dem widerspricht, dass nach wie vor ein Vergabeverfahren läuft mit dem Ziel, unter anderem Teilstrecken zu privatisieren.

Um das Fahrrad wird ein regelrechter Kulturkampf geführt. Der Ausbau weiterer Fahrradwege ist fraglich.

Dass der ÖPNV (Straßenbahn, Busse, U-Bahn) ausgebaut werden muss, ist klar. Die Wirtschaftsministerin Giffey favorisiert dabei den wesentlich teureren U-Bahn-Ausbau mit einer sehr schlechten CO₂-Bilanz. Viel günstiger wäre es, die Straßenbahn auszubauen. Dafür macht sich die Initiative „Pro Straßenbahn Berlin“ stark.

Ein weiteres wichtiges **Problemfeld** ist die **S-Bahn**, die jährlich circa 400 Mio. Fahrgäste befördert.

Der Senat hält am Beschluss zur Ausschreibung fest. Damit sollen zwei Drittel der Bahn privatisiert werden. Zwei bis vier andere Betreiber könnten den Bahnbetrieb übernehmen. Das ist katastrophal. Es droht die

Einstellung des Betriebs. Das Beispiel der Londoner Metro zeigt, wie zerstörerisch diese Lösung ist.

Die Beschaffung der Wagen soll über eine Anstalt des öffentlichen Rechts erfolgen. Diese reicht die Wagen an ein privates Unternehmen weiter, das die Verteilung vornimmt.

Die gleichzeitige Vergabe und Kai Wegners Versprechen „S-Bahn aus einer Hand“ passen nicht zusammen. Die Ausschreibung muss unbedingt abgebrochen werden.

Miteinander statt Konfrontation

Aus der anschließenden Diskussionen ergaben sich unter anderem folgende **Erkenntnisse**: Zur Verringerung der CO₂-Emissionen muss der Verkehr verringert werden; vermeiden, verändern, verhindern. Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene, vom Auto auf den Fußverkehr. Die Polarisierung unter den Verkehrsteilnehmern muss aufhören. Weniger Autos sind notwendig. Das muss sich sukzessive entwickeln. Daraus darf man keinen Kulturkampf machen. Für viele ist das Auto alternativlos. Es gilt Gemeinsamkeiten zu finden, nicht Gegensätze. Wir müssen aus der falschen Verkehrsorganisation raus. Eine Stadt der kurzen Wege gilt es zu organisieren (Arbeit, Wohnen, Einkaufen, Arzt, Schule).



Foto Buchi

Was können wir tun?

Die S-Bahn-Ausschreibung läuft unterhalb der öffentlichen Aufmerksamkeit. Der Skandal ist weitgehend unbekannt. Wir müssen aktiv werden.

- Den Beschluss des Ortsvorstandes vom 26.01.2021 gegen die Privatisierung der S-Bahn Berlin aktualisieren und damit an die Politiker herantreten.
- Unterstützung des Bündnisses „Bahn für Alle“ durch Mitarbeit, Spenden, Unterschriften sammeln

(<https://bahn-fuer-alle.de>).

Helgard Kegel

„Das Boot ist voll“ – Zuflucht verhindern und bekämpfen?

Gedanken zur Einwanderungspolitik

Populisten verschiedener Parteien greifen nicht nur in Wahlkämpfen zu Methoden Menschen gegeneinander auszuspielen, um Anerkennung zu erlangen. Dabei wird auch gelogen. Deshalb hier mein Beitrag zur Wahrheitsfindung.

Wovon reden wir?

Das Ausländerrecht unterscheidet zwischen EU-Ausländern, die 3 Monate ohne Aufenthaltstitel hier leben und arbeiten dürfen und Menschen, die einen Asylantrag gestellt haben und geduldeten Personen.

Eine Duldung wird bis zu 6 Monate ausgestellt, wenn nicht abgeschoben werden kann. Wer keinen Pass hat und kein Land, das aufnimmt, kann nicht abgeschoben werden – wohin auch. Das gilt auch bei dringenden humanitären Gründen.

Sprachkurse erhalten ukrainische Flüchtlinge und anerkannte Flüchtlinge aus anderen Ländern vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) oder vom Job Center.

Wieviel Geld bekommen eigentlich Flüchtlinge?

502 Euro Bürgergeld bekommt ein Erwachsener Ukrainer. Die anderen Flüchtlinge erhalten zwischen 278 Euro für Kinder bis fünf Jahren und 410 Euro für Erwachsene im Monat und ein „Zelt“-Dach über dem Kopf.

Flüchtlinge erhalten in Deutschland nur die minimalste Zahnversorgung und notwendige kassenärztliche Leistungen. Geduldete nur eingeschränkte Leistungen. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte haben selbstverständlich den Anspruch wie alle Beschäftigten.

Als anerkannter Flüchtling (zum Beispiel Ukraine) und anerkannte Asylbewerber kann man alle Wege auf dem Arbeitsmarkt nutzen. Geduldete Personen müssen eine Arbeitserlaubnis beantragen, die gegebenenfalls erfolgt. Personen aus sicheren Herkunftsländern wie Albanien, Kosovo oder Senegal unter anderem dürfen hingegen nicht arbeiten.

95 Prozent der Flüchtlinge, die die Mittelmeerüberquerung überleben, kommen ohne fremde Hilfe an Land, 5 Prozent durch Hilfe der italienischen Marine und Hilfsorganisationen.

2022 wurden rund 244.000 Asylanträge gestellt. Sollten anstatt der bisherigen sieben Prozent mehr Asylbewerber bereits im ersten Jahr in Arbeit kommen, könnte das Zehntausende zusätzliche Arbeitskräfte bedeuten.

Flüchtlingsunterkünfte auf dem Tempelhofer Feld →

Deutschland sucht junge Fachkräfte!

Es gibt keine Branche, in der es keinen Mangel an Arbeitskräften gibt. Dem Handwerk fehlen 40.000 Auszubildende. 236.818 Facharbeiterstellen konnten 2022 nicht besetzt werden.

Laut DIHK-Hauptgeschäftsführer können aktuell rund zwei Millionen Arbeitsplätze nicht besetzt werden. Der Mangel an Fachkräften gefährdet zudem den Erfolg wichtiger politischer Zukunftsaufgaben wie Digitalisierung, Ausbau von Bahnstrecken oder die Energiewende – wie etwa bei den Solarstromanlagen.

Im Juni 2022 gab es 1,68 Mio. Beschäftigte in der Pflege. Bis 2035 wird es rund 3,4 Millionen Pflegebedürftige geben und einen zusätzlichen Bedarf von 500.000 Beschäftigten. Hinzu kommen noch die, die den Beruf wegen Überlastung aufgeben.

2030 wird die Fachkräftelücke auf 81.000 Lehrerinnen und Lehrern im Jahr 2030 steigen. Eine Bertelsmann-Studie vom August 2021 prognostizierte sogar 230.000 fehlende Fachkräfte in der Sozialarbeit und Pädagogik.

Laut Bundesagentur für Arbeit benötigt Deutschland eine jährliche Zuwanderung von bis zu 400.000 Personen, damit die verfügbare Zahl der Arbeitnehmer bis 2035 nicht abnimmt.

Fazit

Viele Fluchtursachen hängen auch mit unserem Wohlstand und Leben zusammen. Wir verbrauchen im Überfluss Rohstoffe und Energie auf Kosten der Länder der Dritten Welt und des Klimawandels. Wir produzieren und exportieren Waffen, die zu Krieg und Verfolgung führen. Jetzt benötigen wir wie in den 60er Jahren wieder Hilfe von „Gastarbeitern“, die heute nach über 50 Jahren bei uns integriert sein werden.

Für uns als Gewerkschafter*innen ist die Solidarität immer das beste Erfolgsrezept gewesen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Menschen, die flüchten müssen, bei uns eine Zukunft haben, denn kein Mensch verlässt freiwillig seine Heimat.

Klaus Murawski



Abschlussbericht der Fokusgruppe private Altersvorsorge beim Bundesministerium der Finanzen



Abschlussbericht der Fokusgruppe

©BMF

Meine Sicht auf den Bericht der Fokusgruppe private Altersvorsorge

Zentrale Aufträge waren: 1. Öffentlichen Fonds prüfen, 2. Angebote für untere Einkommensgruppen verbessern, 3. Attraktivere Angebote zu finden, um die Motivation zum Abschluss von Kapitalanlagen zu erhöhen.

Was geschah?

Öffentliche Fonds wurden mit der Begründung, dass die Regierung darauf zugreifen könnte, abgewiesen.

Untere Einkommensgruppen haben gar kein Geld für zusätzliche Geldanlagen. Sie sind in der GRV, mit verbesserten Zuschüssen, besser aufgehoben.

Man hat in diesem Zusammenhang auch die Vorteile einer Verpflichtung für zusätzliches Sparen geprüft und in ein positives Licht gestellt. Konnte sich aber wohl mit einer Verpflichtung, dem Himmel sei Dank, nicht durchsetzen.

Aus Sicht der Mehrheit der Fokusgruppe folgte man bevorzugt dem 3. Auftrag, dem nach möglichst attraktiven Anlageformen. Hier, so wurde öfter hervorgehoben, sollen nur die Einkommensgruppen mit besserem Verdienst – also mit entsprechend überschüssigem Einkommen – gefördert werden.

Am attraktivsten fand man hohe Renditen versprechende, jedoch mit einem hohen Risiko von Geldverlusten behaftete Anlageformen (genannt wurden Aktien und Immobilien).

Damit die Geldinstitute überhaupt das Risiko eingehen in diese Anlageformen zu investieren, schlug man vor, das Risiko auf die Sparer/innen zu übertragen. Den Sparer/innen schlug man Möglichkeiten vor, welche die Verluste – angeblich – begrenzen könnten.

Ob bei dieser Förderung weiterhin Sozialbeiträge als Anreiz erhalten bleiben oder nicht, konnte ich nicht klar herauslesen. Man machte noch ausführlich Vorschläge, wie man die Anbieter von Geldanlagen dazu bringen könnte, nur seriöse Anlagen anzubieten – wie man sie

dazu bringt, Verwaltungskosten niedrig zu halten – wie man das ganze übersichtlicher machen und kontrollieren könnte.

Fasst man die Inhalte des Berichts der Fokusgruppe zusammen, zeigt sich mir folgendes Bild:

- (1) Für untere Einkommensgruppen soll die GRV die Altersarmut so weit wie möglich verhindern.
- (2) Die großen Gewerkschaften sehen sich dem Druck der Belegschaften ausgesetzt, ihre Betriebsrenten irgendwie zu erhalten.
- (3) Die Finanzwirtschaft sucht nach Wegen, das Deckungskapital von bAV und steuerlich geförderter pAV zu steigern.
- (4) Eine Konkurrenz für die privaten Anbieter durch die Einrichtung eines öffentlichen Fonds soll verhindert werden

Meine These dazu

Die Fokusgruppe konzentriert sich im wesentlichen auf die Einkommensgruppen, die eine Beteiligung an riskanten Sparanlagen erlauben. Das macht deutlich, dass es ihnen um etwas ganz anderes geht als um den „Erhalt des Lebensstandards“. Diese Einkommensgruppen können ihren Lebensstandard nämlich auch bestens ohne staatliche Unterstützung sichern.

Der Verweis auf das in Europa unterdurchschnittliche Deckungskapital von bAV und steuerlich geförderter pAV trägt nichts zur Lösung der gestellten Aufgabe bei. Wenn man ihn trotzdem aufführt, kann das nur bedeuten, dass ein verdecktes Ziel der Fokusgruppe war, dieses Deckungskapital zu steigern.

Statt dem schwedischen Vorbild zu folgen und neben den privaten Anbietern auch einen öffentlichen Fonds – wenn auch mit geringerer Rendite – zu empfehlen, macht deutlich, dass man nur die Subventionierung der privaten Anbieter von Kapitalanlagen im Auge hatte.

Der DGB hat sich konstruktiv an den Gesprächen und den Verständigungen im Rahmen der Fokusgruppe beteiligt und trägt den Bericht insoweit auch mit, ohne dabei alle Punkte zu unterstützen.

Unbestritten besteht – unabhängig von der grundsätzlichen Position des DGB – erheblicher Reformbedarf im Bereich der staatlich geförderten privaten Altersvorsorge.

Bernd Koch

GRV = Gesetzliche Rentenversicherung

bAV = betriebliche Altersversorgung

pAV = private Altersversorgung

Delegiertenversammlung am 28. September 2023

Weniger Delegierte – mehr Diskussion?

Der Erste Bevollmächtigte Jan Otto stellte den Geschäftsbericht vor. Die Mitgliederentwicklung ist positiv, der Kassenbestand hat sich weiter verbessert.



Jan Otto

Foto Christian von Polentz

Die Mandatsprüfung ergab, dass die Versammlung mit knapp über 50 Prozent Anwesende beschlussfähig ist. Wieder fehlten über 40 Delegierte unentschuldig. Dass so viele Delegierte ihr Wahlamt nicht ernst nehmen, ließ die Diskussion über dieses Verhalten wieder aufleben.

Schließlich „... trifft die Delegiertenversammlung alle Entscheidungen über die örtlichen Gewerkschaftsangelegenheiten ...“ (Satzung IGM).

Die nächste Wahl der Delegierten steht jetzt kurz bevor, denn nach dem Gewerkschaftstag müssen alle Gremien neu gewählt werden.

Der Ortsvorstand reichte den Vorschlag ein, die Anzahl der Delegierten von 150 auf 112 zu reduzieren.

Damit ist die Hoffnung auf mehr Meinungs-austausch verbunden. Die Qualität der Delegiertenversammlung soll verbessert werden, nach dem Motto: mehr Klasse statt Masse.

Der AGA-Bereich (die Arbeitskreise Senioren und Arbeitslosigkeit) erhält 15 Sitze. Für die betrieblichen Delegierten hatte der Ortsvorstand einen Schlüssel erarbeitet, der Mitgliederzahlen und Organisationsgrad der Betriebe berücksichtigt.

Damit war eine heftige Diskussion angestoßen. Werden kleine oder schlecht organisierte Betriebe benachteiligt und sind nicht etwa einzelne aktive Mitglieder wichtiger als eine passive Mitgliedschaft?

Die Abstimmung ergab dann eine Zweidrittel-Mehrheit für den Vorschlag des Ortsvorstands.

Micha Kutz stellte (wieder einmal) die Initiative 55plus vor. Man bleibt am Ball und will die älteren Kollegen in den Betrieben ansprechen. Das soll die Bindung an die Gewerkschaft steigern – idealerweise über das Arbeitssende hinaus. Hilfreich dabei könnte auch die geplante Wiederbelebung des Vertrauensleuteausschusses sein.

Ramon Zorn

Ein Feiertag am 8. November 2023

IG Metall Jubilarfeier

Schon um 9:30 Uhr drängten sich IG Metall Jubilare vor dem Saal im IG Metall Haus. Nach Häppchen und Törtchen zum Kaffee ging es in den Alwin-Brandes-Saal. Regina Katerndahl, unsere 2. Bevollmächtigte, begrüßte die etwa 90 anwesenden Kolleginnen und Kollegen.

180 Anmeldungen für die zwei Veranstaltungen der Mitglieder mit 50 und mehr Jahren treue Mitgliedschaft bedeutet 9000 Jahre Kampfkraft. Mit dabei waren drei Kolleginnen und vier Kollegen vom Senioren-Arbeitskreis.

Isabell Neuenfeldt sorgte mit ihrem Akkordeon und Gesang für den kulturellen Rahmen. In den Ansprachen ging Jan Otto auf die bewegte Geschichte 1971 bis 1973 ein. Damals gab es viele vergleichbare Situationen, wie hohe Inflation, Ölkrise und Nahost-Krieg aber auch Willy Brandts Ost-West Entspannungspolitik, auf die wir heute noch warten.

Regina lud anschließend einige gestandene Betriebsratsvorsitzende auf die Bühne, um etwas von ihrer bewegten Zeit zu erzählen. Dabei waren auch unsere Kollegen Erol Yurdakan und Günter Triebe.

Es gab auch einen kleinen Werbeblock für unseren Senioren-Arbeitskreis und seine Aktivitäten. Sabine Kördel und ich verteilten vorher und im Anschluss den Gästen auch unseren Senioren-Report.

Am Nachmittag um 14:00 Uhr kam die zweite Gruppe Jubilare und für Jan Otto war danach noch nicht Schluss.

Um 17:00 Uhr startete die 30 Jahre Geburtstagsparty vom Arbeitskreis Internationalismus im Foyer des IG Metall Hauses. Um 22:00 Uhr wurde es wieder ruhig in unserem Gewerkschaftshaus.

Klaus Murawski

Informationsveranstaltung 55 plus Mit der IG Metall aktiv, sicher und engagiert in die Rente gehen

Seit 2017 organisiert die **Arbeitsgruppe 55 plus** des Ortsvorstandes im Oktober eine Veranstaltung für die Kollegen, die sich auf den Weg in den letzten Lebensabschnitt vorbereiten wollen.

Viele schieben den Gedanken an die Rente gerne vor sich her, aber es hilft nichts, denn jeder sollte sich darauf vorbereiten.

Trotz Corona-Pandemie haben wir keine Veranstaltung ausfallen lassen.



Siegfried Schicke

Foto Ramon Zorn

Für die Veranstaltung am 19. Oktober 2023 haben sich 53 Teilnehmer angemeldet. Leider haben sich acht Teilnehmer nicht sehen lassen und somit haben 45 Teilnehmer an der Veranstaltung teilgenommen.

Inhaltlich haben wir uns auf drei Schwerpunkte festgelegt:

- Angebote der IG Metall in der Satzung und den Richtlinien für die Außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit (AGA)
- Was sollte jeder wissen, wenn er seine Rente beantragt. Dazu erhält jeder Teilnehmer die Broschüre „Wegbegleiter Rente“.
- Was bietet die Geschäftsstelle Berlin den Mitgliedern der IG Metall in der AGA an.

Zu jedem der Schwerpunkte gab es Gelegenheit zur Diskussion.

Zum Abschluss der Veranstaltung haben wir eine „Notfallmappe“ (5. Auflage Mai 2021) von der „berufundfamilie Service GmbH“ ausgelegt, mit Material zum Beispiel für Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung, Pflegebedürftigkeit oder Trauerfall.

Von Anfang an hat Iris Billich von der IG Metall-Bezirksleitung unsere Infoveranstaltungen organisiert und geleitet. Sie geht demnächst selbst in den Ruhestand. Sie wurde mit einer Dankesrede und einem Blumenstrauß verabschiedet.

Siegfried Schicke

Mit Gregor Gysi am 5. Oktober vor dem Roten Rathaus Ein gutes Leben im Alter – für Alle!

Das war das Motto einer Veranstaltung vor dem Roten Rathaus, organisiert von der LAG Senior*innenpolitik Berliner LINKE. Wie wir wissen, sind Menschen im Alter besonders auf Unterstützung angewiesen. Hier geht es nicht nur um finanzielle Leistungen, sondern auch um altersgerechte Beratung, Kultur- und Freizeitangebote.

Es sollte eine öffentliche Protestaktion älterer Bürgerinnen und Bürger sein, natürlich auch für jüngere. Leider war die Beteiligung nicht so groß, am Anfang war es noch eine Gruppe von circa 35 Personen, die nicht alle bis zum Schluss durchgehalten haben.

Als bekanntester Redner referierte Gregor Gysi zu einem Gesetzesvorschlag für den Bundestag „Gutes Leben im Alter“. Dieser umfasst natürlich alle Bereiche des Lebens unserer älteren Bürger.

Wichtig ist vor allem die finanzielle Unterstützung für Rentner mit Mindestrenten, Beratung durch Fachkräfte zu Leistungsansprüchen, Leistungen der Pflege, wie Begleit- und Mobilitätshilfen, technische Hilfsmittel, für Seniorenangebote.



Die medizinische altersgerechte Versorgung ist ein wichtiger Bestandteil. Freizeitangebote, ehrenamtliche Sozialkommissionen, Seniorenfreizeitstätten – die natürlich auch eine Frage der Finanzierung sind.

Es geht also um das Älterwerden unserer Generation. Es gibt noch viel zu tun, um die Verantwortung des Staates auch für die ältere Generation klar einzufordern.

Foto und Text Monika Wittek

Was können wir gegen die ständigen Mietensteigerungen tun? Volksentscheid und andere Möglichkeiten

Die vom vorigen Senat eingesetzte Expertenkommission sollte „Möglichkeiten, Wege und Voraussetzungen für die Umsetzung“ des gewonnenen Volksentscheides zur Vergesellschaftung großer gewinnorientierter Immobilienunternehmen erarbeiten.

Die **4 Hauptpunkte** des Ergebnisses der Expertenkommission sind folgende:

1. Die Vergesellschaftung ist möglich.
2. Die Landeskompetenz ist gegeben. Es gibt keine Sperre in der Landesverfassung.
3. Die Vergesellschaftung ist verhältnismäßig, das heißt sie ist geeignet und angemessen (Abwägung zwischen den Rechten der Unternehmen einerseits und den Rechten der Allgemeinheit andererseits)
4. Die Vergesellschaftung ist sogar erforderlich, weil es keine besseren Mittel gibt, um die Mieten zu senken, das heißt Vergesellschaftung ist das beste Mittel, um die Mieten in den vergesellschafteten Beständen dauerhaft zu stabilisieren und eventuell sogar senken zu können und um eine senkende Wirkung für den gesamten Berliner Wohnungsmarkt zu entfalten.

Ein Gesetzes-Volksentscheid bedarf im Gegensatz zu einem Beschluss-Volksentscheid (wie 2021) kein Handeln des Senats, sondern ist – wenn er angenommen wird – unmittelbar geltendes Recht.

Eine renommierte Kanzlei wird den Gesetzestext erarbeiten; dafür haben die Berliner schon über 100.000 Euro gespendet. Dann wieder einen Volksentscheid zu beantragen, durchzuführen und zu gewinnen wird aber ein langer Weg, der wahrscheinlich 2 bis 3 Jahre dauern wird.

Was machen wir bis dahin?

Für einige Mieter gibt es die Möglichkeit, mit Hilfe der „**Mietpreisbremse**“ die Miete zu senken. Diese gilt nur, wenn der Mietvertrag nach dem 1. Juli 2015 abgeschlossen wurde und im Grundsatz auch für Staffel- und Index-Mietverträge. Allerdings lässt das Gesetz zahlreiche Ausnahmen und Schlupflöcher zu. Man muss als Mieter initiativ werden und mit genauen Berechnungen seinen Vermieter „rügen“.

Auf keinen Fall sollte man einfach weniger Miete überweisen, sondern sich für dieses komplizierte Verfahren mit qualifizierter Beratung durch einen Mieterverein begleiten lassen.

Grundsätzlich wäre es aber nicht nur für einzelne betroffene Mieter positiv, sich gegen eine völlig überhöhte Miete zu wehren, sondern auch für die Allgemeinheit, denn die überhöhten Mietpreise gehen in den Mietspiegel ein und helfen damit wiederum den Vermietern, weitere Mieterhöhungen zu rechtfertigen.

Viel besser wäre der **Mietendeckel**, wie es ihn in Berlin unter Frau Lompscher gab! Schon deshalb, weil sich Mieter an ihr Bezirksamt wenden konnten und dies dann den Vermieter über die rechtlich zulässige Miete informierte.

Aber um einen bundesweiten Mietendeckel durchzusetzen, muss die Mieterbewegung wieder viel stärker werden und sich mit vielen Betroffenen zusammenschließen.

Die Gewerkschaften wären ein natürlicher Partner, denn soviel Lohnerhöhung, wie es die steigenden Mieten verlangen, können wir gar nicht durchsetzen.

Sabine Kördel



Wie geht es weiter?

Jetzt müsste der Senat ein echtes Wohnungsvergesellschaftungsgesetz erarbeiten, um dem Ergebnis des Volksentscheides (dem Wählerwillen!) zu entsprechen. Der Senat hat aber klargemacht, dass er das auf keinen Fall tun wird. Deshalb hat sich die Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ entschlossen, einen Gesetzes-Volksentscheid auf den Weg zu bringen.

Deutsche Geschichte, anders herum

Am 18.10.2023 besuchten wir im Deutschen Historischen Museum die Ausstellung „Roads not Taken oder: Es hätte auch anders kommen können“. Diese Ausstellung zeigt an 14 entscheidenden Ereignissen, welche möglichen anderen Verläufe die deutsche Geschichte jeweils hätte nehmen können. Sie beginnt dabei mit dem Jahr 1989 und geht rückwärts bis zum Jahr 1848.

Unsere Führung durch die Ausstellung fand in zwei Gruppen statt und dauerte ca. eine Stunde. In dieser Zeit konnte natürlich nur ein Teil dieser Wendepunkte näher betrachtet werden. In meiner Gruppe ging es zuerst um **1989** mit den großen Demonstrationen in Leipzig und Berlin und schließlich dem Mauerfall. Diese Massenbewegung hätte möglicherweise ebenso blutig niedergeschlagen werden können wie wenige Monate zuvor die Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking, was damals viele befürchteten.



Als nächstes befassten wir uns mit dem Attentat auf Hitler am **20.7.1944**. Wäre es nicht fehlgeschlagen, wäre der Krieg wohl früher beendet worden und wären viele Soldaten am Leben geblieben, die gerade im letzten Kriegsjahr starben, und natürlich auch viele Zivilisten. Aber für die meisten jüdischen Menschen in Europa wäre das zu spät gekommen, da die Massendeportationen von Juden und Jüdinnen in die Vernichtungslager, wie zuletzt aus Ungarn, bereits erfolgt waren.

Nächste Station war das Jahr **1914**, in dem die Mehrheit der Deutschen den Kriegsausbruch begrüßten. Aber es gab auch von den Sozialdemokraten organisierte Gegendemonstrationen mit bis zu 100.000 Teilnehmern, an denen sich trotz polizeilichen Verbots vor allem Arbeiter in ihren Sonntagsanzügen beteiligten. Letztlich stimmten jedoch auch die Sozialdemokraten den Kriegskrediten zu, ohne die der Krieg nicht hätte geführt werden können.

Zuletzt betrachteten wir dann noch die Ereignisse des Jahres **1848**, den Berliner Barrikadenaufstand vom März, von dem der Friedhof der Märzgefallenen noch Zeugnis ablegt, die Wahl der Nationalversammlung und



Fotos Hartmut Herold

die Ausarbeitung einer Verfassung für den klein-deutschen Nationalstaat in der Paulskirche und die verächtliche Zurückweisung der von den Abgeordneten nach ihrer Bahnfahrt durch Deutschland angebotenen deutschen Kaiserkrone durch den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. Dadurch kam es nicht zu einer konstitutionellen Monarchie, mit deren Errichtung die deutsche Geschichte der Folgezeit womöglich ganz anders verlaufen wäre.



Damit war die Stunde längst um, dabei hätte es noch so viele Fragen gegeben. Beim anschließenden gemeinsamen Essen im Da Vinci in der Georgenstraße gab es noch eine Menge nachzubesprechen. Ich werde aber auf jeden Fall nochmal allein in diese Ausstellung gehen, um mir auch die Details zu den 10 anderen Wendepunkten der deutschen Geschichte, die uns bei der Führung nicht vorgestellt worden waren, näher anzuschauen.

Maria Metzke

Bericht von der Sitzung der DGB-Fachgruppe Rente und Versorgung am 9.11.2023

Unsere Sitzung, an der nur noch 6 Kolleginnen und Kollegen teilnehmen konnten begann mit der Information, dass Ver.di ab dem 4. Dezember 2023 in der Straße „Am Bahnhof Westend“ Nr. 3 in 15049 Berlin erreichbar sein wird. Die alten Telefonnummern und Mailadressen bleiben erhalten.

Der alte Sitz in der Köpenicker Straße wurde aufgegeben, weil der Eigentümer die Miete verdoppeln wollte. Am neuen Standort sollen die Sitzungsräume nicht mehr kostenlos sein. Für uns stellt sich so die Frage, wo wir im nächsten Jahr unsere Sitzungen abhalten werden.

Von der Bahn AG wurde berichtet, dass dort 19.000 Beschäftigte fehlen. Außerdem kommt es in den Zügen immer öfter zu Gewalt gegen Frauen. Früher gab es eine Bahnpolizei. Es gibt Fragen hinsichtlich des Bestandschutzes und der Weitergewährung der Betriebsrenten. Hierzu soll eine rechtliche Klärung erfolgen.

Hauptthema war die Generationengerechtigkeit im Rentensystem.

Als Orientierung diene uns der DGB-Bericht zur Rentenpolitik in Deutschland „Neue Sicherheit für alle Generationen“

Wir waren uns einig, dass Generationengerechtigkeit im Sinn von vergleichbarem Einkommens- und Rentenniveau nur hergestellt werden kann, wenn die Beiträge der Versicherten im Durchschnitt von rund 45 Jahren, im Verhältnis zu ihrem Arbeitseinkommen vergleichbar sind.

Eine Sicherung von Lebensstandard über Generationen hinweg kann es demgegenüber nur geben, wenn die Realeinkommen über die Zeiten vergleichbar bleiben. Darauf hat die Rentenversicherung aber keinen Einfluss.

Anders ist es bei der Vermeidung von Armut. Weil Armut immer an einem bestimmten Verhältnis zum allgemeinen Wohlstandsniveau (60 Prozent vom medianen Netto-Haushaltseinkommen) gemessen wird. Hierzu müsste allerdings vom Äquivalenzprinzip abgewichen werden.

Bernd Koch

Der 9. November – ein Schicksalstag in der deutschen Geschichte

Der 9. November ist ein Tag der Erinnerung und des Gedenkens an historische Ereignisse, die die deutsche Geschichte nachhaltig geprägt haben. Es ist ein Tag, an dem sowohl die friedliche Revolution in der DDR als auch die dunkelsten Kapitel der Vergangenheit beleuchtet werden.

Eins der grausamsten Ereignisse des letzten Jahrhunderts ist die Reichspogromnacht, die in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 stattfand. Eine von den Nationalsozialisten organisierte Gewaltwelle gegen Juden in Deutschland. Die Reichspogromnacht war ein tragischer Höhepunkt der antisemitischen Politik des NS-Regimes und führte zu Zerstörungen von Synagogen, Geschäften und Wohnungen jüdischer Bürger. Hunderttausende Mütter, Väter, Kinder, Großeltern wurden in Konzentrationslager, Arbeitslager, ins Gefängnis gesperrt und viele von ihnen ermordet.

Begriffe wie Rassenschande griffen um sich, das Tragen eines Judensterns an der Kleidung, das Verbot für jüdische Kinder, in die Schule zu gehen, das Arbeitsverbot, der Plünderung von Geschäften jüdischer Bürger, die gezielte Vereinnahmung jüdischen Besitzes standen auf der Tagesordnung. Dies fand im gesamten Einflussbereich des Deutschen Reichs statt, wie zum Beispiel in

Polen, Ungarn, auch Österreich, Frankreich und Niederlande.

Bei der sogenannten Wannseekonferenz mit hochrangigen Vertretern der nationalsozialistischen Reichsregierung und der SS-Behörde wurde die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung „staatlich“ beschlossen.

Schlimmer und grausamer konnte es nicht kommen!

Der 9. November ist also ein Tag, an dem wir daran erinnert werden, dass Demokratie und Menschenrechte verteidigt werden müssen, Toleranz, Mitgefühl und Respekt für alle Menschen wichtig ist. Es ist wichtig, die Geschichten der Opfer und Überlebenden zu hören und sicherzustellen, dass solche tragischen Ereignisse *nie wieder geschehen*.

Wir müssen uns mit der Vergangenheit auseinandersetzen und uns für eine bessere Zukunft engagieren. Die Ereignisse dieses Tages erinnern uns daran, dass wir die Verantwortung haben, gegen Ungerechtigkeit, Diskriminierung und Extremismus einzutreten.

Die Ereignisse des 9. November erinnern uns daran, wie wichtig es ist, aus der Geschichte zu lernen und uns für eine gerechtere und friedlichere Zukunft einzusetzen.

Monika Wittek

Der unverbesserliche Buchi



Hans-Jürgen Bucharadt (Buchi)

Seit 1961 Gewerkschaftsmitglied, seit 2002 Mitglied im Senioren-Arbeitskreis der IG Metall Berlin, seit 2012 Delegierter!

Im Jahre 2018 gratulierte Ramon unserem Buchi zu seinem 75. Geburtstag mit folgenden Sätzen:

- ◆ *Buchi ist zuverlässiger Lieferant von Fotos unserer Veranstaltungen und Ausflüge*
- ◆ *Als gelernter Brandenburger ein kenntnisreicher Anbieter von Ausflugstipps*
- ◆ *Langjähriger Gastgeber der Öffentlichkeitsarbeits-Planungs-Sitzungen mit Grill*
- ◆ *Immer freundlich und heiter gestimmt*
- ◆ *Nach eigenen Angaben nun 75 Jahre alt (muss man glauben)*
- ◆ *Ein zuverlässiges, aktives Mitglied in unserem Senioren-Arbeitskreis*
- ◆ *Sollte so bleiben, wie er ist – es gibt nichts zu verbessern!*

Dem ist überhaupt nichts hinzuzufügen! Doch: sein Alter ist jetzt 80 Lenze! Und er wirbt noch neue Mitglieder für den Senioren-Arbeitskreis! Bleibe so wie du bist und bleibe gesund!

Hartmut Herold

Der Konflikt in Nahost

Es ist schwer, in dieser Zeit mit den Nachrichten aus aller Welt umzugehen. Oft war es so: das sind die Guten und die anderen sind die Bösen (Schwarz-/Weiß-Denken).

Aber der Krieg im Nahen Osten ist leider eine komplexe und langwierige Auseinandersetzung, die seit Jahrzehnten anhält. Es gibt viele politische, wirtschaftliche und religiöse Faktoren, die zu diesem Konflikt beigetragen haben und es heute auch noch tun.

Die radikal-islamische Hamas hat am 7. Oktober 2023 ein abscheuliches und bestialisches Verbrechen begangen und dies im Bewusstsein, *dass eine Reaktion kommen muss*. Die Hamas beschießt weiter Israel mit Raketen und benutzt die schutzlose Bevölkerung für die Bilder, die Israel anklagen sollen. Warum kann die Bevölkerung nicht in den Tunneln der Hamas Schutz suchen?

Der Konflikt im Nahen Osten begann nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948. Die arabischen Staaten lehnten die Existenz Israels ab und begannen mehrere Kriege gegen den jungen Staat. Der israelisch-arabische Konflikt führte zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, territorialen Streitigkeiten und Flüchtlingsströmen. Im Jahr 1967 fand der Sechstagekrieg statt, bei dem Israel große Gebiete wie das Westjordanland, den Gazastreifen und die Golanhöhen eroberte.

Die USA haben eine enge Beziehung zu Israel und unterstützen es militärisch und politisch. Die internationale Gemeinschaft hat wiederholt versucht, Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern zu fördern, jedoch ohne dauerhaften Erfolg. Der Konflikt hat zu unzähligen Opfern auf beiden Seiten geführt, darunter Zivilisten, Soldaten und Flüchtlinge. Die Spaltung zwischen Israelis und Palästinensern bleibt ein zentrales Hindernis für eine friedliche Lösung des Konflikts.

Die Frage des Status von Jerusalem und die Siedlungspolitik Israels sind weitere strittige Themen. Der Konflikt im Nahen Osten hat auch Auswirkungen auf die globale Sicherheit, da er geopolitische Spannungen erhöht und den Terrorismus fördert. Viele Menschen im Nahen Osten sehnen sich nach Frieden und Stabilität, aber die politische Situation und die tief verwurzelten Vorurteile erschweren eine Lösung. Die Hoffnung auf eine dauerhafte Lösung des Konflikts liegt in einer umfassenden politischen Vereinbarung, die die Interessen aller beteiligten Parteien berücksichtigt. Der Krieg im Nahen Osten ist eine komplexe Herausforderung, die eine diplomatische und langfristige Lösung erfordert, um Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region zu erreichen. Der Konflikt ist sehr komplex und umfangreich, und es gibt viele verschiedene Perspektiven und Meinungen zu diesem Thema.

Rolf Wittek

Kundgebung am 22. Oktober 2023

Aufstehen gegen Terror, Hass und Antisemitismus in Solidarität und Mitgefühl mit Israel

Am 7. Oktober brachen die Kämpfer der islamischen Hamas aus dem Gazastreifen aus und überfielen ein Musikfest und jüdisches Dorf in Israel. Sie richteten dort unheimliche Greuel mit über zweihundert Toten an. Über zweihundert Personen wurden in den Gaza-Streifen verschleppt. Bei dem Vorgehen der Hamas handelt es sich um einen Terrorakt, für den es keine Legitimation gibt.

Inzwischen sehen wir, der neu verschärfte Konflikt fordert auf beiden Seiten täglich viele Tote, darunter viele Kinder und noch mehr Verletzte besonders im Gazastreifen. Aus der vorher in Israel umstrittenen rechten Regierung Netanjahu wurde ein Sicherheitskabinett.

Das Vorgehen der Hamas führte nicht nur zu Reaktionen in Israel. In Berlin gab es einen Anschlag auf eine Synagoge und Judensterne wurden an Häuser geschmiert. Antisemitismus wurde bei Demonstrationen als populistische Befreiungs-ideologie propagiert. Aber Hass und Terror wird nicht erfolgreich sein.

Nicht nur auf Grund unserer eigenen Geschichte müssen wir uns gegen jeden Terror, jede Hetze und Diffamierungen stellen. Deshalb war es ein Erfolg, dass alle Parteien des Berliner Senats außer der AFD, ein breites Bündnis der Religionsgemeinschaften und der DGB kurzfristig zur Kundgebung am Brandenburger Tor am 22. Oktober aufgerufen hatten.

Dem Aufruf folgten deutlich mehr als 10.000 Menschen, unter ihnen etliche Mitglieder der DGB-Gewerkschaften.

Neben der Solidarität mit den Opfern durch eine Schweigeminute wurde die Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung gefordert. Ein Rabbi sprach ein Gebet für die Ermordeten.

Auch wenn manche Botschaften so klangen: Die beeindruckende Kundgebung sollte nicht als Freibrief an Israel verstanden werden. Eine humanitäre Katastrophe im Gazastreifen muss verhindert werden.



30 Jahre nach Verständigung der palästinensischen und der israelischen Seite im historischen Abkommen von Oslo ist die Lösung des Konflikts immer noch nicht in Sicht. Darum müsste es gehen.

Hartmut Meyer

Waffenstillstand jetzt!

Demonstration am 4. November 2023

Seit dem 7. Oktober sind in Israel über 1.400 Menschen und im Gaza-Streifen das mehrfache an Menschen getötet worden. Die Hälfte der Bevölkerung Gazas sind Kinder. Etwa 150.000 Menschen befinden sich noch in Gaza Stadt.

Die UN wirft Hamas und Israel Kriegsverbrechen vor.

Die Kritik an Israel wird jedoch mit Antisemitismus gleichgesetzt und Pro-Palästinenser Demonstrationen werden verboten, wenn sie Hass verbreiten und randalieren. Bringt uns das dem Zusammenleben und dem Frieden näher?



„Demokratische Grundrechte verteidigen: Meinungsfreiheit auch für Palästinenser:innen.“ war deshalb der Titel der Demonstration mit tausenden Teilnehmer:innen.

Immer wieder wurde in Sprechchören ein sofortiger Waffenstillstand von Hamas und Israel gefordert um weiteres Blutvergießen zu verhindern. Auch der Waffenexport Deutschlands wurde kritisiert.

Eine friedliche Demonstration von engagierten Menschen.

Klaus Murawski

Bürgergeld

Bürgergeld klingt freundlicher als Hartz IV, ist aber auch nicht mehr Geld. Zum 1. Januar 2024 soll es um 12 Prozent angehoben werden, das ist der vorgeschriebene Ausgleich für die Inflation. Das ist aber die vergangene Inflation, die derzeitige und kommende ist nicht berücksichtigt. Mit anderen Worten: von der angeblichen Erhöhung bleibt den Empfänger:innen nicht viel übrig.

Seit eh und je beklagen Sozialverbände und Gewerkschaften die unzureichende Höhe der Regelsätze. Sie wurden aufgrund des Konsumverhaltens der einkommensschwächsten Haushalte „kleingerechnet“.

Im Bürgergeldgesetz sind neue Instrumente zur Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration für Langzeitarbeitslose vorgesehen.

Im Haushaltsplan sollen aber bei der Grundsicherung die Mittel gegenüber dem Vorjahr um 700 Millionen gekürzt werden!

Von der Opposition kommen derweil die bekannten Querschüsse: die faulen Erwerbslosen, die nassauern-den Migranten, wer arbeitet hat weniger als die Sozialhilfeempfänger. (Tipp hierzu: Niedriglohnssektor abschaffen, dann ist das erledigt).

Statt einer Neiddebatte, die Arbeitende und Erwerbslose gegeneinander ausspielt, brauchen wir eine andere Arbeitsmarktpolitik. Eine Grundsicherung, die wirklich das Existenzminimum absichert und Löhne, die Arbeitende nicht arm machen.

Pflegeversicherung

Bei der Pflege wird der Problemdruck von Jahr zu Jahr größer. Die Pflegeversicherung ist nur eine Teilversicherung, der Großteil der Kosten muss von den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen getragen werden. Zwar wurden bei der letzten „Reform“ die Zuschüsse erhöht, aber das reicht für einen Großteil der Betroffenen nicht.

Die Zuschüsse für Heimsassen steigen zwar Jahr für Jahr, aber im Bundesdurchschnitt sind im ersten Jahr 2.297 Euro von den Pflegebedürftigen zu tragen. Im

Ergebnis sind rund ein Drittel von Pflegeheiminsassen auf Sozialhilfe angewiesen. Die Kosten werden weiter steigen, ebenso die Zahl der Pflegebedürftigen.

Die neoliberale Idee, ein 3-Säulen-Modell mit privatisierter Sicherung und Kapitalmarkteteiligung ist genauso wenig tauglich wie bei der Rente.

Die Lösung kann nur eine Pflegebürgervollversicherung sein. Wenn alle Erwerbstätigen einbezogen werden, könnten mit den Mehreinnahmen auch alle Pflegekosten gestemmt werden.

Bundeshaushaltsentwurf 2024

Weder sozial noch zukunftsorientiert, so urteilt die IG Metall. Statt in die soziale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge zu investieren wird im Namen der Schuldenbremse trotz steigendem Bedarf zusammengekürzt.

- Streichung des Bundeszuschusses zur Pflege von 1 Milliarde Euro.
- Kürzung des Bundeszuschusses an die Rentenversicherung 2024 bis 2027 um 600 Mill. Euro pro Jahr
- Kürzung bei Forschung und Bildung: 400 Mill. Euro weniger für BAföG. Schon 2021 waren laut statistischem Bundesamt 38 Prozent der Studenten armutsgefährdet.

- Kindergrundsicherung unzureichend: Statt der erforderlichen 10 bis 12 Mrd. (DGB Schätzung) soll es nur 2 Mrd. Euro. geben

Dringend benötigte Investitionen in die sozialstaatliche Infrastruktur bleiben aus. Fehlende Kitaplätze, marode Schulen und überlastete soziale Einrichtungen sind heute Fakt und Verbesserung ist mit diesem Haushaltsplan nicht zu erwarten.

Für eine verantwortungsvolle und zukunftsorientierte Politik ist das Gegenteil des Spardiktats nötig: Investitionen in Infrastruktur, ökologischen Umbau und einen starken Sozialstaat, damit die Zukunft für eine solidarische Gesellschaft nicht kaputtgespart wird.

<https://www.sopo-info.de/> SopoInfo.de ist ein Angebot des Funktionsbereichs Sozialpolitik der IG Metall. Die Seite informiert über aktuelle sozial- und arbeitsmarktpolitische Entwicklungen und Debatten und bezieht aus gewerkschaftlicher Perspektive Stellung.

Mit herausragendem Ergebnis von 94,4 Prozent wurde Christiane Benner als 1. Vorsitzende gewählt. In einer bewegenden Rede am nächsten Tag kündigte sie mehr Teamgeist und Medienpräsenz der IG Metall unter anderem zu Transformationsthemen an, um unsere Mitwirkung für die Beschäftigten mehr herauszuheben. Sie rief zu mehr Mitbestimmung in Betrieben auf, denn „mehr Demokratie in Betrieben führe zu mehr Demokratieverständnis auch im privaten Leben“.

Auch kündigte sie an, zum Thema gerechte Bezahlung für Frauen intensiver einzutreten „wir werden keine weiteren 96 Jahre mehr warten, bis Equal Pay umgesetzt ist“.

Der GWT beschloß darüber hinaus eine Reduzierung des Vorstandes auf 5 Personen und wählte ebenfalls mit sehr hoher Zustimmung von 90 Prozent Jürgen Kerner als Stellvertreter und Jürgen Urban für soziale Themen. Neu in den Vorstand wurden Nadine Boguslawski (Kassiererin) und Ralf Reinstädler (Bildungsthemen) mit gutem Wahlergebnis gewählt.

Durch die Kürzung des Gewerkschaftstags auf 5 statt bisher 6 Tage, konnten weder alle Anträge bearbeitet werden und mußten unglücklicherweise auf den Beirat als zweithöchstes demokratisches Organ der IG Metall überwiesen werden, noch hatte man ausreichend Redezeit. So wurde auch unser Antrag zur Modernisierung (flächendeckende Nutzung von elektronischen Hilfsmittel zum Austausch der Bezirke) bereits während der Antragstellung im Vorfeld des GWT an den Beirat überwiesen.

Intensive Debatten gab es im Wesentlichen nur zum Thema Sozialpartnerschaft bei Betriebsrenten: hier korrigierte der GWT die Öffnung vom letzten GWT und lehnte mit Mehrheit die Absicherung durch die IG Metall ab und auch Betriebsrenten ohne feste Zusage für die Höhe der betrieblichen Rente.

Erwähnenswert ist auch, dass die Unvereinbarkeit von AfD-Funktionärsposten mit einer Mitgliedschaft in der IG Metall beschlossen wurde.

Anträge unserer Geschäftsstelle mit monetären Verbindlichkeiten wurden wie üblich als Material zu anderen Anträgen angenommen beziehungsweise an den Vorstand verwiesen. So geschehen mit dem Antrag „tarifliche Besserstellungen von Schwerbehinderten“

und „Rentenreform-Debatte in den Geschäftsstellen (GS) und Betrieben“. Da Jürgen Urban als Hauptverantwortlicher zu diesem Thema uns in der Mitgliederversammlung am 28. Februar 24 besuchen wird, werden wir sicher dazu Diskussionen führen.

Dazu gehören auch unsere weiteren Anträge „Nein zur Aktienrente“ und „Regelsätze im Sozialgesetzbuch II und XII“ sowie „Versicherungsfremde Leistungen“ und „Beiträge zur Rentenversicherung für Bezieher von Bürgergeld“, die als erledigt durch Jürgen Urbans Leit-antrag beschlossen wurden.

Quasi „offen“ sind die Anträge der GS zu Gute Arbeitsstandards – starke Gewerkschaften überall, erledigt durch Leit-antrag „Digitalwirtschaft – Ausrichtung der IG Metall Arbeit“.

Hier muss an anderer Stelle mit den Verantwortlichen diskutiert werden.

Abschließend lässt sich sagen, dass der eine oder andere Besuch von Politikern aus meiner Sicht gern hätte gekürzt oder ganz gestrichen werden können, um dem Gremium mehr Zeit zur Diskussion der Anträge und generellem Austausch untereinander zu geben – denn zumindest für die Ehrenamtlichen ist dies die einzige Bühne zum Austausch mit allen anderen Bezirken und über 400 Teilnehmern.

Astrid Diebitsch



Frauen-Power nicht nur im Vorstand

Foto: IG Metall

Rede Christiane Benner:

https://www.igmetall.de/download/20231025_2023_10_24_Zukunftsreferat_GWT_2023_Christiane_Benner_bf8e5729ed7ea4a5c3fc8451abab7b2c49a84a4a.pdf

Wahlvorschlag der Arbeitskreise Arbeitslosigkeit und Senioren

zur Delegiertenversammlung der IG Metall Berlin 2024 – 2027



**Friedrich-Wilhelm
Borchert**



Astrid Diebitsch



Joachim Diercksen



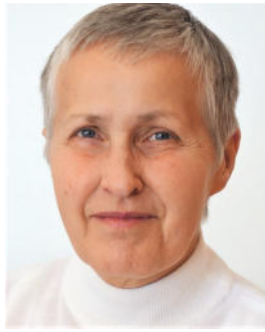
Gottfried Dolinski



Christian Fromm



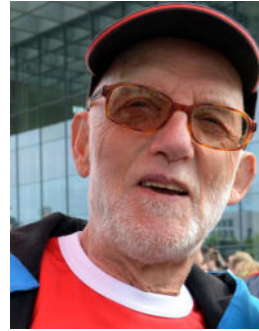
Hartmut Herold



Helgard Kegel



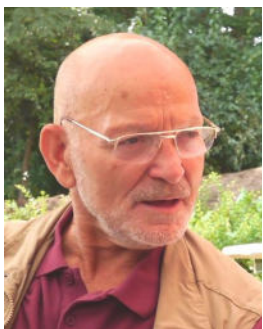
Angelika Klahr
AK Arbeitslosigkeit



Jürgen Knüpfer



Sabine Kördel



Werner Kühnemann



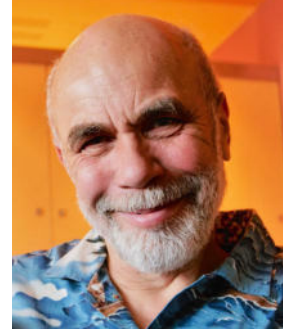
Martin Langner



Dorothea Lay



Hartmut Meyer



Klaus Murawski



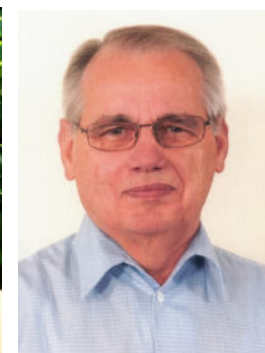
Martina Neumann



Karl Platschkowski



Uwe Prüfer



Siegfried Schicke



Ralf Steckert



Günter Triebe



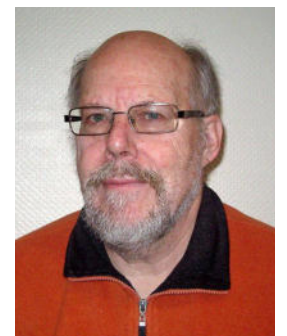
Manuela Wegener



Monika Wittek



Erol Yurdakan



Ramon Zorn

Delegiertenwahlen der Arbeitslosen und Senioren (AGA) zur Delegiertenversammlung 2024 – 2027 der IG Metall Berlin am 6. Dezember 2023 ab 14 Uhr

im Alwin-Brandes-Saal im IG Metall-Haus

Der Bereich außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit (AGA) hat 15 Mandate in der Delegiertenversammlung.

Es wird in einem Wahlgang in geheimer Abstimmung gewählt. Die Wählerinnen/Wähler können bis zu 15 Kandidatinnen/Kandidaten auf dem Wahlvorschlag ankreuzen. Gewählt sind die 15 Kandidatinnen/ Kandidaten mit den meisten Stimmen. Davon sind aufgrund des Mitgliederanteils mindestens fünf Frauen zu wählen. Die Wahlversammlung kann beschließen, dass ohne gesonderten Wahlgang die in der Stimmenzahl nachfolgenden Kandidatinnen/Kandidaten als Stellvertreterin/Stellvertreter gewählt sind.

Zusätzlich zu den Wahlvorschlägen der Arbeitskreise Arbeitslosigkeit und Senioren können sich in der Wahlversammlung am 6. Dezember Kandidatinnen/Kandidaten bewerben. Wahlberechtigt sind Rentnerinnen/Rentner und Arbeitslose mit mindestens zweimonatiger Gewerkschaftszugehörigkeit

Aufgaben der Delegiertenversammlung

Auszug aus der Satzung der IG Metall:

Beschluss fassendes Organ der Geschäftsstelle ist die Delegiertenversammlung. Die Aufgaben der Delegiertenversammlung und die Wahl ihrer Delegierten sind in einem Ortsstatut festzulegen ...

Die Delegiertenversammlung wählt im ersten Halbjahr nach In-Kraft-Treten einer neuen Satzung den Ortsvorstand ...

Zu Delegierten können nur Mitglieder mit mindestens zwölfmonatiger Gewerkschaftszugehörigkeit und satzungsgemäßer Beitragsleistung während dieser Zeit gewählt werden.

Die Delegiertenversammlung nimmt die Geschäfts- und Kassenberichte und den Bericht der Revisoren entgegen und fasst Beschluss über die Entlastung der Geschäftsführer/-innen und des Ortsvorstands.

Es sind mindestens vier Delegiertenversammlungen im Jahr durchzuführen.

Auszug aus dem Ortsstatut der Geschäftsstelle Berlin:

Alle Beschlüsse der Delegiertenversammlung ... sind für alle Mitglieder der Geschäftsstelle bindend.

Die Delegiertenversammlung trifft alle endgültigen Entscheidungen über die örtlichen Gewerkschaftsangelegenheiten im Rahmen der Geschäftsstelle.

Die Zahl der Delegierten beträgt 112.

In der Delegiertenversammlung müssen Frauen grundsätzlich mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Mitgliedschaft in der Geschäftsstelle vertreten sein.

Aufgaben der Delegiertenversammlung:

Wahl des Ortsvorstands, Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftstag und zu den Bezirkskonferenzen, Wahl der Mitglieder der Tarifkommissionen. Beratung vorliegender Anträge.(Auszug)



Unsere AGA-Delegierten 2019 - 2023

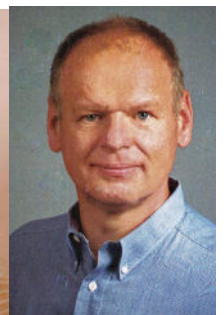
Weitere Kandidaten (nachgemeldet)



Jörg-Michael Kutz



Klaus-Dieter Pagel



Jürgen Schumann

Gedanken zum Jahresende

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachdem im letzten Jahr der Ukraine-Krieg unser eher beschauliches Leben in Europa erschreckt und zutiefst erschüttert, teilweise bei manchem sogar alte Ängste gegen „die Russen“ oder „die Amis“ wiedererweckt hat, hatten wir alle auf ein friedlicheres Miteinander und Lösung des Konfliktes gehofft.

Stattdessen finden wir uns in einer Realität wieder, in der auch unsere Gemeinschaft weiter gespalten wird, Aufrüstung und Waffenunterstützung selbst bei den Grünen ein akzeptiertes Mittel ist, um einen Krieg beenden zu wollen.

Dazu kommt der Angriff der Hamas auf Israel, bei dem viele Zivilisten getötet beziehungsweise entführt worden sind. Und wieder schaffen wir es als Gesellschaft nicht, flächendeckend auch in Grautönen zu denken, sondern es gibt heftige Pro und Kontra Diskussionen. Dabei ist es so klar: einige wenige auf beiden Seiten verursachen dieses ganze Leid auf dem Rücken aller. Und da ist es egal, welche Fahne sie vor sich schwenken oder welche Argumente sie vorschieben. Eine Einteilung in Schuldige und Unschuldige greift viel zu kurz und dient einem gemeinsamen Miteinander nicht. Dabei sollte man sich vor Augen halten: zeigt man mit dem Finger auf andere, zeigen 3 Finger zurück auf sich selbst.

Die Unzufriedenheit mancher Mitmenschen mit „der“ - eigentlich ja „unserer“ Politik durch demokra-

tisch gewählte Volksvertreter, verschafft sich Luft durch höherem Anteil an Nichtwählern oder Wählern der AfD. Leider finden sich auch unter uns Gewerkschaftern einige, die das als Lösung sehen.

So mancher glaubt, „denen da oben“ einen Denkzettel zu verpassen, indem er so wählt. Bei genauerem Hinsehen schneiden sich diese Mitmenschen allerdings ins eigenen Fleisch- und uns anderen gleichzeitig mit.

In diesem Jahr jährte sich auch der Überfall auf die Gewerkschaftshäuser zum 90. Mal, durch den die Nazis das Ziel verfolgten, unliebsamen demokratischen Widerstand zu unterdrücken.

Es kann nicht sein, dass ausgerechnet wir als Gewerkschaftler es zulassen, dass Mitmenschen aufgrund ihrer Nationalität/Geburt sich in Deutschland nicht mehr sicher fühlen und die Verunglimpfung anderer durch die Unterstützung gewisser Parteien fördern.

Und demokratische Kraft und Widerstandsgeist brauchen wir auch für künftige Tarifverhandlungen, bei denen wir wie immer an der Seite der Berufstätigen stehen werden. Die oft beschworene Transformation in der Industrie findet nicht nur in den Betrieben sondern auch im öffentlichen Leben zum Beispiel bei Terminvergabe bei den Ämtern statt. Auch dabei ist es wichtig, unsere Gemeinsamkeiten und gemeinsame menschliche Lösungen in der Vordergrund zu stellen, statt Einzelinteressen Vorrang zu geben.

Astrid Diebitsch



Termine Mitgliedertreffen und -versammlungen

Am Montag, 29. Januar 2024, ist eine Lesung von Hans-Jürgen Schatz anlässlich des 125. Geburtstages von Erich Kästner im Renaissance-Theater. Die Anmeldung war am 6. November 2023.

Am Sonntag, den 25. Februar, besuchen wir „Die Wühlmäuse“ mit dem Kabarettisten Horst Evers.

Die Anmeldung ist am 11. Dezember 2023.

Im März ist eine Führung durch die „Berliner Unterwelten“.

Die Anmeldung ist am 5. Februar 2024.

Anmeldungen jeweils von 10 bis 13 Uhr unter der Telefonnummer (030) 25387-160

Versammlungen im Alwin-Brandes-Saal des IG Metall-Hauses (5.Stock)

AGA-Delegiertenwahl

(Senioren und Arbeitslose)

am Mittwoch, **6. Dezember 2023**, 14 Uhr

Mitgliederversammlung

zum Thema „Rentenpolitik der IG Metall“

mit Hans-Jürgen Urban vom IG Metallvorstand am Mittwoch, **28. Februar 2024**, 14 Uhr

AG Öffentlichkeitsarbeit